

KDFB – INFORMATIONEN 1/2010



Bundesverband

Bundesarbeitskonferenz

- 2 FrauenZukunft
- 5 Arbeitskreise

Bundesausschuss

- 6 Familien-Pflegezeit
- 7 Weitere Beschlüsse

Pressemitteilungen

- 8 Frauen fördern und Hunger besiegen
- 9 Faire Löhne für Frauen besiegen Hunger und Armut
- 9 KDFB trauert um Hanna-Renate Laurien
- 10 KDFB will Alternativen zum Betreuungsgeld
- 11 KDFB begrüßt Einführung der Frauenquote bei der deutschen Telekom
- 11 KDFB schreibt Brief an Erzbischof Zollitsch
- 12 Auf dem Weg zur Entgeltgleichheit
- 13 KDFB fordert mehr Frauen in kirchlichen Führungspositionen

Projekte

- 14 Einstieg, Umstieg, Aufstieg – Abschluss der ersten Projektphase

Landfrauenvereinigung

- 15 Welternährung: Hunger und Armut

Namen

Zeitschrift

- 18 Themenvorschau Heft 6/10 – 8-9/10

IMPRESSUM

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband(at)frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner(at)t-online.de

Bundesarbeitskonferenz

Schwerpunktthema 2011/1012

FrauenZukunft

Wohin entwickelt sich die Gesellschaft und wie wollen Frauen die Zukunft mitgestalten? Das war die zentrale Frage, mit der sich die Bundesarbeitskonferenz des KDFB Mitte Februar in Würzburg beschäftigt hat. Dabei ging es um das neue Schwerpunktthema für die Jahre 2011/2012 „FrauenZukunft“.

Es ist ein spannendes Thema und es lässt viel Spielraum, sich damit auseinanderzusetzen, wie Frauen ihre Rolle in der Gesellschaft der Zukunft sehen. Einer Gesellschaft, die im Umbruch ist, die um neue Formen des Zusammenlebens und des Zusammenhaltens ringt. „Was macht unsere Gesellschaft aus? Welche Werte tragen uns dabei und wie verständigen wir uns darüber? Was sind die Themen und Felder, wo wir uns einmischen wollen und müssen?“, fragte KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach zu Beginn der Tagung und machte deutlich, dass der KDFB sich aktiv in die Diskussion einbringen müsse, um die Gesellschaft der Zukunft mitzugestalten.

Unsere Gesellschaft sei in einem großen Umbruch von einer Industrie- hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft und mache derzeit eine ähnlich radikale Strukturveränderung durch wie vor 150 Jahren beim Eintritt in die Industrialisierung, so die Kölner Soziologin Professorin Angelika Schmidt-Koddenberg. Wie sich der Umbruch der Gesellschaft auf alle Lebensbereiche auswirke, zeigte sie in ihrem Referat am Beispiel von vier Themenbereichen auf:

- Leben in Vielfalt – das Neben- und Miteinander verschiedener Lebensformen und Kulturen
- soziale Ungleichheiten vor allem bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt
- die Rolle von Kirche und Religion in einer multikulturellen Gesellschaft
- politische Mitgestaltungsmöglichkeiten in einer Gesellschaft, die weltweit vernetzt ist.

Entgrenzung

Ein Kennzeichen dieses Umbruchs sei die zunehmende Entgrenzung: traditionelle Lebensformen lösen sich auf, Familien rücken räumlich auseinander, an die Stelle gesellschaftlicher Schichten treten viele in sich geschlossene Milieus mit unterschiedlichen Lebensweisen und Vorstellungen, Grenzen zwischen den Religionen verschwimmen, der Arbeitsmarkt ist international, die Wirtschaft weltweit verflochten. Wie lassen sich in solch einer Gesellschaft soziale Beziehungen gestalten? Gelingt es, andere Lebensweisen wertzuschätzen, ohne sie zu verurteilen? Wie wird das Miteinander von Frauen und Männern aussehen? Wohin entwickelt sich unser Wirtschaftssystem? Wie gestalten wir Privatsphäre? Was hält die Gesellschaft zusammen? Ist eine gemeinsame Wertebasis überhaupt noch möglich und wer bestimmt sie?

Digitalisierung

Die zweite große Tendenz sei die Digitalisierung aller Lebensbereiche. Bereits heute bestimmen Internet und andere Kommunikationsmittel den Lebensalltag. Das Leben beschleunigt sich, man ist überall erreichbar, weltweit vernetzt. Dies werde sich in Zukunft rasant fortsetzen. Wer da nicht mithalten könne, weil er zu arm ist oder zu wenig gebildet, werde sehr schnell von der Zukunft abgeschnitten. „Hier passiert etwas, wo wir als Generation 50plus nicht mehr im Zentrum stehen“, führte Schmidt-Koddenberg aus und sie zeigte an Beispielen, wie die junge Generation ganz selbstverständlich mit der Digitalisierung umgeht. „Als Frauenbund müssen wir aufpassen, dass wir da nicht abgehängt werden, dass wir in der virtuellen Welt präsent sind. Wir müssen lernen, mit der Informationsflut umzugehen. Dazu brauchen wir ganz neue Qualifikationen. Informationsmanagement oder das Handeln in Netzwerken sind Kompetenzen, die zunehmend wichtiger werden.“ Neben all den positiven Möglichkeiten müsse man sich allerdings auch mit den Gefahren auseinandersetzen: Wie gehe ich mit dem Überangebot an Informationen um? Wo bleibt meine Privatsphäre? Was ist mit den Datenspuren, die ich hinterlasse? Wer entwickelt ethische Maßstäbe auch für das Internet? Bis heute fehle ein Regel- und Kontrollsystem für das Internet.

Bildungsgerechtigkeit

Um die neuen Herausforderungen zu bewältigen, spiele Bildung eine große Rolle. Die Gesellschaft brauche ein gutes Bildungsniveau, um sich zu entwickeln und um im internationalen Wettbewerb gut da zu stehen. Wichtig sei dabei, dass alle die gleichen Chancen hätten. Derzeit gebe es in Deutschland viele Bildungsmöglichkeiten, aber wenig Bildungsgerechtigkeit, weil einige soziale Gruppen ausgeschlossen werden. „Deutschland hinkt da leider hinterher“, bedauerte die Referentin. „Die Bildungschancen sind ungleich verteilt. Die versprochene Bildungsgerechtigkeit ist nicht eingetreten. Wir haben zwar mehr Bildungsqualifikation, aber weniger Bildungsgerechtigkeit.“ Im Bereich der Mädchen- und Frauenbildung habe sich viel getan. Dafür gebe es heute andere Benachteiligte: „Das katholische Mädchen vom Lande ist abgelöst vom jungen männlichen Migranten aus einfachen Verhältnissen. Die soziale Herkunft entscheidet über den Bildungsweg.“ Problematisch sei auch die hohe Zahl der jungen Arbeitslosen, der befristet oder der geringfügig Beschäftigten. Noch sind viele Eltern in der Lage, die jungen Menschen zu unterstützen. Aber auf Dauer könne sich eine Gesellschaft nicht leisten, dass Jugend keine Perspektive habe. Das führe zu sozialen Unruhen.

Kirche in einer multikulturellen Gesellschaft

Der Strukturwandel der Gesellschaft wirke sich auch auf die Kirche aus. Der Einfluss der Religion auf unsere Gesellschaft schwindet. Die religiöse Praxis im Privatalltag ist rückläufig, neue Formen kommen hinzu wie zum Beispiel Internetseelsorge. Auf der einen Seite lösen sich Grenzen zwischen Religionen auf. Andererseits prallen unterschiedliche Wertvorstellungen verschiedener Religionen aufeinander. Auf der einen Seite Priestermangel, Kirchenaustritte, weniger Kirchensteuern und Zusammenlegung von Gemeinden

– in Asien, China und Lateinamerika beobachte man aber einen umgekehrten Trend. „Dort boomt die katholische Kirche“, stellt die Soziologieprofessorin fest. „Wie verhalten wir uns da? Halten wir am klassischen Modell fest und holen uns Priester aus Asien und Lateinamerika? Oder suchen wir nach zukunftsfähigen Strukturen? Wie verhalten wir uns als Frauen? Wo kommen wir vor?“

Politische Mitgestaltung

Die Gesellschaft der Zukunft lebt davon, dass sich möglichst viele an ihrer Gestaltung beteiligen. Aber auch in diesem Bereich werde sich viel verändern. Vieles wird auf internationaler Ebene entschieden. Man braucht Detail- und Spezialwissen, um die komplexen Zusammenhänge durchschauen und verstehen zu können. Man muss schnell reagieren, verschiedene Sprachen sprechen, neue Kommunikationsmittel beherrschen können. Abstimmungsprozesse werden schwieriger und anstrengender. Durch das Internet wächst der Demokratisierungsdruck: Unabhängig von politischen Strukturen äußern Menschen weltweit ihre Meinung, diskutieren miteinander, nehmen Einfluss auf politische Entscheidungen. Andererseits nehmen alltägliche Anforderungen und Belastungen in Familie und Erwerbsarbeit zu, so dass vor allem in der sogenannten „rush-hour“ in der Lebensmitte kaum Zeit bleibt, sich politisch zu engagieren. Wie lassen sich da neue Formen bürgerschaftlichen Engagements entwickeln? Wie lassen sich Aufgaben teilen und Rollen aushandeln, sodass Frauen und Männer gleichermaßen zu einer work-life-balance finden?

Angelika Schmidt-Koddenberg machte den Frauen Mut, sich von den vielen Fragen nicht abschrecken zu lassen. Wie die Rolle der Frauen in der zukünftigen Gesellschaft aussehen werde, wie sich das Verhältnis zwischen Frauen und Männern entwickle - all das lasse sich nicht voraussehen. Das sei abhängig von Lebensbereich und Region, von Qualifizierung und Alter. Sicher sei nur, dass mit harten Bandagen gekämpft werden wird – zu Hause und im Arbeitsleben. Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Formen bürgerschaftlichen Engagements müssten neu bewertet, Rollen ausgehandelt werden. „Wir machen derzeit eine radikale Strukturveränderung durch. Wo sie hinführt, können wir noch nicht sagen. Diese Entwicklung verläuft in Wellen, hat positive und negative Auswirkungen. Alles ist im Umbruch und braucht seine Zeit, bis sich neue Strukturen stabilisieren. Aber es ist wichtig, dass wir als Frauen diesen Umbruch mitgestalten. Die Stimme der Frauen ist wichtig, damit die Gesellschaft der Zukunft eine menschliche wird.“

Gabriele Klöckner

Arbeitskreise

In vier Arbeitskreisen setzten sich die Teilnehmerinnen mit Themen auseinander, die in der Gesellschaft der Zukunft eine Rolle spielen werden.

Bedingungen für politische Mitgestaltung: In Rollenspielen erarbeitete Vera Wassermann, Referentin beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), wie Beziehungen zwischen Männern und Frauen, aber auch zwischen den Generationen gestaltet werden können, damit neben Familie und Beruf gesellschaftspolitisches ehrenamtliches Engagement möglich ist. Diskutiert wurde auch, was die Politik dazu beitragen kann, damit Frauen und Männer gleichberechtigt ihre jeweiligen Rollen aushandeln können.

Neue soziale Ungerechtigkeiten: In diesem Arbeitskreis griff Heike Berger, Referentin des KDFB-Projektes „Einstieg, Umstieg, Aufstieg!“, Fragen auf, die sich Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf stellen. Drei Kleingruppen beschäftigten sich mit den Lebensläufen und der Erwerbstätigkeit von Frauen, mit familienpolitischen Weichenstellungen und mit den Stolpersteinen beim Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf.

Lebensformen im Wandel: Im Zentrum dieses Arbeitskreises stand die Frage, wie Menschen im Alter leben wollen. Ursula Pfäfflin-Müllenhof stellte ihre Senioren-Hausgemeinschaft in Nürnberg vor. Vier ältere Paare teilen sich ein Haus und stehen füreinander ein. Anhand dieses Beispiels diskutierten die Teilnehmerinnen über rechtliche und finanzielle Probleme, über Baurecht, Erbfolge und die Schwierigkeit, eine stabile Hausgemeinschaft zu gründen.

Die Rolle von Kirche und Religion: Die Stuttgarter Theologin Maria Theresia Zeidler beschrieb, wie sich Kirche derzeit in der Gesellschaft darstellt und erarbeitete mit den Frauen, wie sie sich ihre Kirche der Zukunft wünschen: dass sie den Menschen zugewandt ist, zuhören kann, da ist, ohne Gegenleistung zu erwarten. Für sich selber wünschten sich die Frauen, mutiger zu sein, neue Formen von Spiritualität auszuprobieren, einander anzuerkennen und wertzuschätzen.

Gabriele Klöckner

Zur Bundesarbeitskonferenz wird es eine **Dokumentation** geben, die u.a. eine Zusammenfassung des Referates und die thematischen Einführungen und Ergebnisse der Arbeitskreise enthält.

Bundesausschuss**KDFB: Entwurf der gesetzlichen Familien-Pflegezeit muss nachgebessert werden**

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder will einen Rechtsanspruch auf eine zweijährige Pflegezeit für Berufstätige einführen. Wer sich um pflegebedürftige Familienmitglieder kümmere, solle zwei Jahre lang nur halbtags arbeiten und trotzdem 75 Prozent seines Gehalts beziehen. Später müssten pflegende Angehörige dann wieder voll arbeiten, bekämen aber weiterhin so lange nur 75 Prozent ihres Gehalts, bis das Konto wieder ausgeglichen sei. Schröder betont, die Pflegezeit solle nicht nur zur Betreuung der eigenen Eltern genommen werden können, sondern auch für Kinder oder weitere pflegebedürftige Angehörige.

Das Modell stieß bei Vertretern der deutschen Wirtschaft und bei Wohlfahrtsverbänden auf Kritik. Pflege sei nicht planbar, sie dauere oft mehr als zwei Jahre und werde mit der Zeit nicht leichter, sondern aufwändiger. Viele Pflegende könnten es sich nicht leisten, auf 25 Prozent ihres Einkommens zu verzichten. Geklärt werden müsse auch, ob die Pflegezeit nach Bedarf oder am Stück genommen werden müsse und welche Regelungen für TeilzeitarbeitnehmerInnen gelten. Und wer für die Kosten aufkomme, wenn Pflegende nach den zwei Jahren aus dem Beruf aussteigen oder den Betrieb wechseln. „Wie sich Unternehmen dagegen absichern können, lassen wir gerade durchrechnen“, so Kristina Schröder.

Der Bundesausschuss des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) begrüßt in einem Beschluss zwar grundsätzlich die Diskussion, die über die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf angestoßen worden sei. Doch das Konzept müsse noch überdacht werden. Bei der vorgeschlagenen gesetzlichen Familien-Pflegezeit handele es sich um eine Leistung, für die es keinen Lohnausgleich gebe. In der Rentenversicherung würden daher über vier Jahre hin 25 Prozent der Einzahlungen fehlen. Außerdem müsse sicher gestellt werden, dass sowohl Männer als auch Frauen durch die Pflegezeit angesprochen werden. Pflege dürfe nicht mehr nur ein Frauenthema bleiben. Bisher übernehmen meist Frauen die Pflege, weil sie weniger verdienen als Männer. Dieses Modell werde durch die Familien-Pflegezeit weiterhin unterstützt. Der KDFB plädiert daher dafür, dass neben dem Angebot der gesetzlichen Familien-Pflegezeit weitere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ergriffen werden. „Dazu zählt die Bezahlung der kurzfristigen zehntägigen Freistellung von der Arbeit für Pflege analog der Regelung bei Erkrankung von Kindern, eine flexible Ausgestaltung der Übergänge zwischen ambulanten und stationären Versorgungsformen und Angebote von Beratung, Schulung und psychosozialer Begleitung von pflegenden Angehörigen“, heißt es in dem Beschluss.

Der Bundesvorstand des KDFB hat in einem Gespräch mit Bundesministerin Kristina Schröder seine Einwände und Vorschläge vorgetragen. „Die Ministerin gab uns recht, dass die Einführung der Pflegezeit nur ein erster, aber wichtiger Schritt ist“, so KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach. „Unsere Forderung hinsichtlich der Rente nahm sie sofort auf und will diese prüfen lassen. Einig waren wir uns auch über die Notwendigkeit, mehr Männer für Pflegeberufe zu interessieren. Ministerin Schröder betonte, dass einige Initiativen aus ihrem Haus bereits auf dem Weg seien. Wir sagten ihr, gerade auch in Hinblick auf die unterschiedlichen Entgeltsituationen zwischen Männern und Frauen, unsere Unterstützung bei allen gleichstellungspolitischen Aktivitäten zu.“

Gabriele Klöckner

Weitere Beschlüsse

Der Bundesausschuss des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB), der am 12./13. März in Augsburg tagte, hat eine Reihe von Beschlüssen verabschiedet:

KDFB schreibt an Erzbischof Robert Zollitsch

In einem Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, brachte der Frauenbund seine Bestürzung über die Fälle sexualisierter Gewalt und den Umgang damit innerhalb der katholischen Kirche zum Ausdruck. „Wir fühlen vor allem mit den Opfern und ihren Familien. Aber wir sehen auch Täter und Mitwisser. Wir sind entsetzt über den schweren Vertrauensbruch, der in alle Richtungen stattgefunden hat“, heißt es in dem Brief. Die Kirche habe durch den Vertrauens- und Machtmissbrauch schwere Erschütterung und Beschädigung erfahren. Dies führe dazu, dass die gute Arbeit, die sowohl in der Kirche als auch in katholischen Verbänden geleistet wurde und wird, in Misskredit gebracht werde. „Wir Verbandsfrauen sind Teil dieser Kirche und wir leiden mit, denn wir sehen uns als Christinnen infrage gestellt und sollen Antworten geben, die wir nicht haben.“ Der Frauenbund erwarte von Bischöfen und Ordensoberen einen ehrlichen Umgang mit der Schuld und die gebotene Transparenz nach außen. Die katholische Kirche habe jetzt die Chance, einen Weg der Umkehr aufzuzeigen und selbst zu gehen, so die einhellige Meinung des Frauenbundes. Es sei an der Zeit, Autoritäts- und Machtstrukturen, die Gehorsamsansprüche und Kommunikationswege der katholischen Kirche zu prüfen und weiteren Schaden abzuwenden.

KDFB will Alternativen zum Betreuungsgeld

Der KDFB fordert die Bundesregierung auf, auf eine Barauszahlung des Betreuungsgeldes zu verzichten. Stattdessen sollen weitere Möglichkeiten für den Umgang mit dem Betreuungsgeld geprüft und dabei deutlicher an die Situation der Elternteile gedacht werden, die Kinder in den ersten Jahren zu Hause erziehen.

„Wir teilen die Auffassung der Bundesregierung, die Leistungen der Eltern in Bezug auf die Kindererziehung stärker zu fördern und anzuerkennen, betrachten jedoch die geplante Barauszahlung des für 2013 geplanten Betreuungsgeldes für Kinder unter drei Jahren kritisch“, sagte KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach. Statt Barleistung oder Gutscheinen in Höhe von 150 Euro monatlich fordert der Frauenbund die Prüfung weiterer Alternativen. Dazu zählen Möglichkeiten wie die Anrechnung von Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung, der Aufbau einer privaten Altersvorsorge, die Einzahlung in eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung, der Erwerb von Ansprüchen für die eigene Weiterbildung und die Unterstützung des Wiedereinstiegs in den Beruf.

Die Politik solle sich bei der Diskussion um das Betreuungsgeld fragen, wie Frauen und Männer, die wegen der Kindererziehung die eigene Berufstätigkeit zurückstellen, besser unterstützt werden können. „Eltern ernst nehmen heißt, ihnen konkrete Investitionen in die eigene Zukunft anzubieten und ihnen dabei Wahlfreiheit zu lassen“, erläuterte Fischbach die Forderung des Frauenbundes. Die Absicherung im Alter oder die Rückkehr in den Beruf seien wichtige Themen, die in der aktuellen Diskussion unbedingt mit bedacht werden müssten.

Das Betreuungsgeld ist in der Politik umstritten. Die Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag die Auszahlung als Barleistung oder als Gutschein vereinbart. Während die Oppositionsparteien das Geld lieber für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Bildungsangeboten für Kinder verwenden würden, setzt sich die CSU vehement für die Auszahlung des Betreuungsgeldes ein. Teile der CDU und auch die CDU-Frauen-Union schlagen inzwischen auch Alternativen vor, wie sie der Frauenbund fordert.

Einheitliches Produktinformationsblatt für Geldanlagen

Auf Antrag des VerbraucherService im KDFB fordert der Bundesausschuss die Einführung eines verbindlichen und einheitlichen Informationsblattes für sämtliche Finanzanlageprodukte, die von Banken oder anderen Institutionen vertrieben werden. Sie sollen VerbraucherInnen über die Risiken von Geldanlagen informieren. Einzelne Banken hätten inzwischen für ausgewählte Produkte Informationsblätter eingeführt. Sie seien jedoch unvollständig und böten so viele Varianten, dass sie für Entscheidungen wenig hilfreich seien.

Keine pauschalen Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Der KDFB fordert die Abschaffung der pauschalen Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Im Februar haben eine Reihe von Krankenkassen einen pauschalen Zusatzbeitrag eingeführt, der allein von den Versicherten – unabhängig von ihrem Einkommen – gezahlt werden muss.

Gabriele Klöckner

Pressemitteilungen

Frauen fördern und Hunger besiegen

Berlin/Köln, 05.03.2010. Zum Internationalen Frauentag am 8. März rufen die Hilfsorganisation Oxfam und der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) die Bundesregierung auf, sich eindringlich für eine gesicherte Welternährung einzusetzen. Weltweit hungern eine Milliarde Menschen. Da Frauen und Mädchen bei der Hungerbekämpfung eine besonders wichtige Rolle einnehmen, müssen sie stärker unterstützt und beteiligt werden.

In der Landwirtschaft sind es vor allem Frauen, die arbeiten und deren Löhne unmittelbar den Familien zugute kommen. „Um Hunger langfristig zu besiegen, müssen Frauen gleichberechtigt sein“, sagt Marita Wiggerthale, Agrarexpertin bei Oxfam. Nur dann hätten sie Zugang zu Krediten, Ausbildung und Beratung. „Wenn Frauen bei politischen Entscheidungen und in Hilfsprojekten stärker berücksichtigt werden, lassen sich Unterernährung und Ungerechtigkeit leichter überwinden“, bekräftigt Ingrid Fischbach, Präsidentin des KDFB. Deshalb sei es unerlässlich, gerade am Internationalen Frauentag an eine nachhaltig gestaltete Zukunft zu denken und kraftvoll eine weltweite Gleichberechtigung der Frauen zu fordern. „Wir müssen solidarisch sein und uns dafür einsetzen, dass der Welternährung eine ebenso große Bedeutung zukommt, wie sie auch für den Klimaschutz gefordert wird“, so Fischbach.

Obwohl in vielen Ländern hauptsächlich Frauen Lebensmittel für den lokalen Markt anbauen und ihre Familie versorgen, haben gerade Frauen kaum Zugang zu Land, Krediten und Beratungsdienstleistungen. „In Afrika bauen Frauen 70 Prozent der Nahrungsmittel an, erhalten aber weniger als 10 Prozent der Kredite für kleinbäuerliche Betriebe und besitzen nur ein Prozent des Landes“, stellt Wiggerthale klar. Nur fünf Prozent der Beratungsdienstleistungen weltweit (z.B. Anbautechnik und Vermarktung) stünden Frauen zur Verfügung.

In den letzten Jahren ist die Zahl der weltweit Hungernden auf mehr als eine Milliarde angestiegen, davon 60 Prozent Frauen und Mädchen. „Nach der Nahrungsmittelkrise setzen die Geberländer und internationalen Finanzinstitutionen sehr stark auf eine bloße Steigerung der Nahrungsmittelproduktion. Doch das macht die Menschen nicht automatisch satt“, so Wiggerthale. Vielmehr müsse auch die Einkommenssituation der Hungernden, insbesondere der Frauen, durch faire Löhne verbessert werden. Dies wirke sich dann auf die gesamte Familie aus. In einem weiteren Schritt müssen laut Oxfam und KDFB endlich faire internationale Handelsregeln geschaffen und angemessene Preise für Agrarprodukte gezahlt werden

Ute Hücker

Faire Löhne für Frauen besiegen Hunger und Armut

München, 04.03.2010 – „Es darf nicht sein, dass im 21. Jahrhundert Frauen immer noch keine gerechten Löhne erhalten, ihr beruflicher Aufstieg erschwert ist und Frauen aufgrund ihres Geschlechts gesellschaftlich benachteiligt werden.“ Die Vorsitzende des Bayerischen Landesverbandes des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB), Waltraud Deckelmann, ruft zum Internationalen Frauentag am 8. März die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft auf, sich verstärkt für die weltweite Gleichberechtigung von Frauen einzusetzen.

Deckelmann lenkt den Blick in die ärmsten Länder der Welt: Das Jahresthema des Frauenbundes „Klimagerechtigkeit“ sowie die diesjährige KDFB-Fastenaktion „klimafreundliche Ernährung“ sind nach Ansicht von Deckelmann gute Beispiele, sich mit Aspekten einer nachhaltigen Zukunft für alle Menschen auseinander zu setzen.

Durch den Klimawandel treten vermehrt Trockenheit, Dürre oder Überschwemmungen auf. Frauen seien oft die einzige Ernährerin der Familie und erhielten für ihre harte Arbeit in der Landwirtschaft nur einen sehr geringen Lohn. „Geringe Ernten bedeuten geringere Einnahmen und weniger Essen für ihre Familien“, so Deckelmann.

Deshalb seien die Forderungen des KDFB: Frauen fördern, faire Löhne zahlen und Armut bekämpfen. KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach zum Anliegen des Verbandes: „Wenn Frauen bei politischen Entscheidungen und in Hilfsprojekten stärker berücksichtigt werden, lassen sich Unterernährung und Ungerechtigkeit leichter überwinden. Wir müssen solidarisch sein und uns dafür einsetzen, dass Welternährung die gleiche Bedeutung erhält wie der Klimaschutz.“

Redaktion: Ulrike Müller-Münch

KDFB trauert um Hanna-Renate Laurien

Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) zeigt sich tief betroffen über den Tod von Dr. Hanna-Renate Laurien, die am 12.03.2010 im Alter von 81 Jahren in Berlin verstarb. „Sie war eine beeindruckende Persönlichkeit, eine Frauenbundsfrau mit viel Herzblut, die sich immer wieder mit deutlichen Worten zur Stellung der Frau in Kirche und Gesellschaft zu Wort gemeldet hat“, würdigte KDFB-Vizepräsidentin Marlies Brouwers das Engagement von Hanna-Renate Laurien, die von 1996 bis 2004 Vorsitzende im KDFB-Diözesanverband Berlin und damit Vorgängerin von Brouwers war.

Ganz besonders lag der engagierten Frauenbundsfrau der Diakonat der Frau am Herzen. Gerade in der Kirche habe Laurien das offene Wort geliebt, den nachhaltigen innerkirchlichen und ökumenischen Dialog gefordert und gefördert und sich als katholische Vollblutpolitikerin mit Herz und Verstand einen großen Namen gemacht, so KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach. Hanna-Renate Laurien war u.a. Schirmherrin des Ersten Ökumenischen Kongresses christlicher Frauen, den der KDFB 1988 gemeinsam mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF) durchführte. „Wir sind dankbar, dass wir so lange von ihrem Mut, ihrer Erfahrung und ihrem politischen Weitblick profitieren durften“, sagte Fischbach während des KDFB-Bundesausschusses in Augsburg, wo die Teilnehmerinnen vom Tod ihrer langjährigen Weggefährtin erfuhren. Sie gedachten der Verstorbenen im gemeinsamen Gebet.

Redaktion: Ute Hücker

KDFB will Alternativen zum Betreuungsgeld

Köln, 15.3.2010 - Der Bundesausschuss des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (KDFB) fordert die Bundesregierung auf, auf eine Barauszahlung des Betreuungsgeldes zu verzichten. Stattdessen sollen weitere Möglichkeiten für den Umgang mit dem Betreuungsgeld geprüft und dabei deutlicher an die Situation der Frauen gedacht werden.

„Wir teilen die Auffassung der Bundesregierung, die Leistungen der Eltern in Bezug auf die Kindererziehung stärker zu fördern und anzuerkennen, betrachten jedoch die geplante Barauszahlung des für 2013 geplanten Betreuungsgeldes für Kinder unter drei Jahren kritisch“, sagte KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach. Vielmehr müsste Erziehenden die Wahlfreiheit überlassen werden, wofür sie staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen wollen. Statt Barleistung und Gutscheinen fordert der Verband, dem bundesweit 220.000 Frauen angehören, die Prüfung weiterer Alternativen. Dazu zählen für den Frauenbund, der sich seit vielen Jahren für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt einsetzt, folgende Möglichkeiten: die Anrechnung von Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung, der Aufbau einer privaten Altersvorsorge, z.B. Riester-Rente, die Einzahlung in eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung, der Erwerb von Ansprüchen für die eigene Weiterbildung und die Unterstützung des Wiedereinstiegs in den Beruf.

Die Politik solle sich bei der Diskussion um das Betreuungsgeld fragen, wie Frauen, die wegen der Kindererziehung die eigene Berufstätigkeit zurückstellen, besser unterstützt werden können. „Frauen ernst nehmen heißt, ihnen konkrete Investitionen in die eigene Zukunft anzubieten und ihnen dabei Wahlfreiheit zu lassen“, erläuterte Fischbach die Forderung des Frauenbundes. Die Absicherung im Alter oder die Rückkehr in den Beruf seien für Frauen wichtige Themen, die in der aktuellen Diskussion unbedingt mit bedacht werden müssten.

Redaktion: Ute Hücker

KDFB begrüßt Einführung der Frauenquote bei der Deutschen Telekom

Köln, 16. März 2010 Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) begrüßt den Vorstoß der Deutschen Telekom, als erstes Dax-30-Unternehmen freiwillig eine Frauenquote einzuführen. „Durch ihr Handeln zeigt die Deutsche Telekom, dass Unternehmen auf qualifizierte Arbeitnehmerinnen in Führungsetagen nicht mehr verzichten können und wollen“, so KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach. „Wir hoffen, dass andere Unternehmen diesem Beispiel folgen werden und dass nun auch die Politik mit einer gesetzlichen Vorgabe nachziehen wird.“

Thomas Sattelberger, Personalvorstand der Telekom, hatte am 15. März bei einem Forum der Initiative „Frauen in die Aufsichtsräte“ (FidAR) in Berlin vor mehr als 300 Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft angekündigt, bis zum Jahr 2015 weltweit die oberen und mittleren Führungspositionen im Unternehmen mit 30 Prozent Frauen zu besetzen. Der KDFB, der sich schon seit Jahren für mehr Frauen in Führungspositionen und eine Frauenquote für Aufsichtsräte einsetzt, gehört zu den Unterstützerinnen des FidAR-Forums. „Leider haben die moralischen Bekundungen und Absichtserklärungen der deutschen Wirtschaft zur Frauenförderung substanziell nicht allzu viel gebracht“, begründet Sattelberger die Einführung der Quote. „Mentalitäten, traditionelle Rollenmuster, eingeschliffene Verhaltensweisen und etablierte Hierarchien – das mussten wir schmerzlich erkennen – lassen sich offensichtlich weder durch Rhetorik, noch durch gut gemeinte, aber nicht durchschlagende Mentoring-Programme ändern. Deshalb gehen wir jetzt einen neuen und mutigen Weg.“

„Dass eine Frauenquote sehr schnell sehr viel verändern kann, zeigt Norwegen“, so Fischbach. „Nachdem alle Appelle an die Wirtschaft nichts genutzt haben, gilt dort seit dem 1. Januar 2008 eine verbindliche Quote von 40 Prozent Frauen in Kontrollgremien. Der Anteil der Frauen in Aufsichtsräten hat sich seither von sieben Prozent im Jahr 2005 auf 40 Prozent erhöht.“

Redaktion: Gabriele Klöckner

Wir sind in tiefer Sorge

KDFB schreibt Brief an Erzbischof Zollitsch

Köln, 19.3.2010 - Der Bundesausschuss des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (KDFB) befasste sich bei seiner jüngsten Zusammenkunft mit den Reaktionen um die Enthüllungen zahlreicher Fälle sexualisierter Gewalt in der katholischen Kirche. Die Frauenbundsfrauen sprachen den Opfern und ihren Familien ihr tief empfundenes Mitgefühl aus. In einem Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, teilte der Verband seine Bestürzung über die Geschehnisse und den damit einhergehenden Glaubwürdigkeitsverlust mit. Die Kirche habe durch den Vertrauens- und Machtmissbrauch schwere Erschütterung und Beschädigung erfahren. Dies führe dazu, dass nun die gute Arbeit, die sowohl in der Kirche als auch in katholischen Verbänden geleistet wurde und wird, in Misskredit gebracht wird. In dieser beschämenden Situation erwartet der Frauenbund von Bischöfen und Ordensoberen einen ehrlichen Umgang mit der Schuld und die gebotene Transparenz nach außen. Die katholische Kirche habe jetzt die Chance, einen Weg der Umkehr aufzuzeigen und selbst zu gehen, so die einhellige Meinung des Frauenbundes. Es sei an der Zeit, Machtstrukturen und Kommunikationswege der katholischen Kirche zu prüfen und weiteren Schaden abzuwenden. *Redaktion: Ute Hücker*

Auf dem Weg zur Entgeltgleichheit

KDFB präsentiert WiedereinstiegsLOTSIN am Equal Pay Day

Köln/Berlin, 25.3.2010 – Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) präsentiert am Equal Pay Day, der bundesweit am 26. März stattfindet, seine WiedereinstiegsLOTSIN und thematisiert damit Entgeltgleichheit und den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen.

Noch immer verdienen Frauen rund 23 Prozent weniger als Männer und sind auch in Führungs- und Leitungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Die Gründe dafür sind komplex. Doch einen wesentlichen Stellenwert nehmen familienbedingte Erwerbsunterbrechungen ein, die erhebliche Auswirkungen auf Arbeitszeiten, Entgeltstrukturen und Aufstiegschancen von Frauen haben. „Wollen Frauen nach Erziehungs- oder Pflegezeiten wieder in den Beruf zurückkehren, müssen sie oftmals herbe Einschnitte beim Gehalt und in ihrer Karriere erleben“, so Ingrid Fischbach, Präsidentin des Frauenbundes. In dieser Umbruchphase will der KDFB Frauen unterstützen und hat dazu eine WiedereinstiegsLOTSIN entwickelt.

Bei der Pressekonferenz des nationalen Aktionsbündnisses zum Equal Pay Day stellte Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, in Berlin die WiedereinstiegsLOTSIN des KDFB als Angebot für Frauen vor, den eigenen Standort beim beruflichen Wiedereinstieg und zu Beginn von Gehaltsverhandlungen klarer zu bestimmen. Die LOTSIN, eine Drehscheibe, entstand aus dem vom Bundesministerium geförderten Projekt „Einstieg, Umstieg, Aufstieg“ des Frauenbundes.

Zuvor hatte Bundesfrauenministerin Dr. Kristina Schröder in einem Gespräch mit dem KDFB-Präsidium das Projekt zum Wiedereinstieg als konkreten Beitrag für mehr Geschlechtergerechtigkeit bezeichnet. Es sei wichtig, das Thema der Frauenerwerbstätigkeit nicht ohne die Frage von gerechter Entlohnung und beruflichen Aufstiegschancen zu diskutieren.

Das bundesweite KDFB-Projekt „Einstieg, Umstieg, Aufstieg“ richtet sich an Frauen aller Altersgruppen, die wieder ins Berufsleben einsteigen möchten. Ziel ist, sie über ihre Rechte aufzuklären, über verdeckte Formen von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu informieren und ihre Kompetenzen zu stärken. Durchgeführt wird das Projekt derzeit in den Regionen Berlin, Regensburg und Trier, um Frauen in Städten und auf dem Land gleichermaßen anzusprechen.

Der Equal Pay Day ist der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern. Er markiert jenen Zeitraum, den Frauen in Deutschland über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen.

Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) setzt sich seit seiner Gründung 1903 für die Rechte und Interessen von Frauen sowie für die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft ein.

Redaktion: Ute Hücker

KDFB fordert mehr Frauen in kirchlichen Führungspositionen

Köln, 26.4.2010 – Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) begeht am 29. April, dem Festtag der heiligen Katharina von Siena, den „Tag der Diakonin“. Damit bekräftigt der Verband seine Forderungen nach der Zulassung von Frauen zum diakonischen Dienst in der Kirche sowie nach der Besetzung kirchlicher Führungspositionen durch Frauen.

„Wir sehen derzeit keine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Kirche“, erklärt KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach anlässlich des Gedenktages in Köln. Es sei ein Dilemma, dass qualifizierte Frauen mit theologischen, sozialen, pastoralen oder betriebswirtschaftlichen Kompetenzen in Einrichtungen und Organisationen der katholischen Kirche deutlich unterrepräsentiert sind. Der Frauenbund sieht hier konkreten Handlungsbedarf und fordert die Verantwortlichen auf, im Sinne der Würzburger Synode erkennbare Schritte für mehr Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Kirche zu unternehmen. „Es darf nicht sein, dass Frauen in der Kirche aufgrund ihres Geschlechtes von hauptberuflichen Führungsaufgaben ausgeschlossen sind“, begründet Ingrid Fischbach das Engagement des Frauenbundes, der in 21 Diözesen vertreten ist.

Eine Ungleichbehandlung sieht die Präsidentin des 220.000 Mitglieder starken Frauenverbandes auch im fehlenden Diakonat der Frau. Obwohl Frauen die meisten diakonischen Aufgaben in Gemeinden leisten, z.B. als Katechetin in der Vorbereitung auf Erstkommunion und Firmung, als Leiterin von Wortgottesdienstfeiern oder bei der Begleitung alter, kranker und sterbender Menschen, wird ihnen die offizielle Anerkennung als Diakonin verwehrt.

„Frauen, die sich zur Diakonin berufen fühlen und sich bewusst in den Dienst am Nächsten und der Gemeinde stellen möchten, müssen offiziell gefördert und als Bereicherung innerhalb der katholischen Kirche anerkannt werden“, so Fischbach. Ihnen dürfe die Verwirklichung ihrer Berufung nicht vorenthalten werden, nur weil sie Frauen sind.

1998 richtete der Katholische Deutsche Frauenbund den Gedenktag der heiligen Katharina von Siena (29.4.) als „Tag der Diakonin“ ein. Er erinnert daran, dass der Diakonat der Frau ein unübersehbares Zeichen für die Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit von Männern und Frauen beim Dienst in der Nachfolge Jesu Christi ist. In vielen Gemeinden führen KDFB-Frauen an diesem Tag Veranstaltungen zur Thematik „Frauen und Kirche“ durch.

Hintergrundinformation:

Katharina von Siena (1347 – 1380) kümmerte sich mit Hingabe um Alte, Kranke und Verstoßene. Sie war eine gläubige, mystische und mutige Frau, die immer wieder öffentlich auf kirchliche, gesellschaftliche und politische Missstände hinwies und Kritik am Handeln der Verantwortlichen äußerte. Neben ihren sozialen und karitativen Tätigkeiten beriet sie Bischöfe, Päpste und Politiker und trat als Vermittlerin bei Friedensverhandlungen auf. Im Jahr 1461 sprach Papst Pius II. sie heilig, Papst Johannes Paul II. ernannte sie 1999 zur Schutzheiligen Europas.

Projekt „Einstieg, Umstieg, Aufstieg“

Abschluss der ersten Projektphase

Eigene Stärken entdecken

„Verstehen Sie nur noch Bahnhof? Dann lassen Sie sich vom KDFB wieder aufs richtige Gleis stellen!“ Das war eines der vielen Mottos, mit denen die Teilnehmerinnen am Projekt „Einstieg, Umstieg, Aufstieg!“ ihre Eindrücke beschrieben. Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) hatte im vergangenen Herbst auf Bundesebene ein Modellprojekt gestartet, in dem Frauen befähigt werden sollen, nach kurzen oder langen Erwerbspausen selbstbewusst den Wiedereinstieg in den Beruf zu wagen und sich dabei für eine angemessene Entlohnung einzusetzen. Das Projekt wird vom Bundesfamilienministerium gefördert. Insgesamt nahmen 30 Frauen an den Workshops in Berlin, Regensburg und Trier teil. Sie wurden anschließend über mehrere Wochen hin von jeweils einer Mentorin begleitet. Am 26. März feierten sie im Frauenbundhaus in Berlin gemeinsam den Abschluss ihrer Projektphase. Bis auf wenige Ausnahmen waren die Erfahrungen positiv. Im Austausch mit ihren Mentorinnen haben die Frauen ihre Schwächen und Stärken entdeckt, eigene Erwartungen in den Mittelpunkt gestellt, nach Perspektiven für den Wiedereinstieg in den Beruf gesucht, Ziele für die weitere Karriere gesteckt, konkrete Tipps für Bewerbungen erhalten. Auch für die Mentorinnen sei diese Zeit ein Gewinn gewesen, berichteten sie, weil auch sie eigene Ziele neu überdacht haben. Und so haben viele von ihnen vereinbart, auch nach Abschluss des Projektes in Kontakt zu bleiben.

Warum nicht nach den Sternen greifen?

Es war kein Zufall, dass der Abschluss dieser Projektphase am Equal Pay Day in Berlin stattfand. Der Equal Pay Day ist der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern. Er markiert jenen Zeitraum, den Frauen in Deutschland über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen. Denn noch immer verdienen Frauen rund 23 Prozent weniger als Männer. „Der KDFB hat mit seinem Projekt an den drei Ursachen für Entgeltunterschiede angeknüpft“, bewertete Eva Maria Welskop-Deffaa, Ministerialdirektorin und Abteilungsleiterin Gleichstellung im Bundesfrauenministerium, den Erfolg des Projektes. Frauen fehlen in bestimmten Berufen und in Führungspositionen, sie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeiten häufig wegen Familienaufgaben und sie stellen nicht selbstbewusst genug Gehaltsforderungen. Genau hier setze das Projekt an. „Es geht nicht um irgend einen Wiedereinstieg, sondern um echte Perspektiven. Das Projekt ermutigt Frauen, nach den Sternen zu greifen und höhere Stufen der Karriereleiter in den Blick zu nehmen.“ Aufgrund des großen Erfolgs ist das Projekt verlängert worden. Demnächst starten weitere Workshops in den Diözesen Augsburg, Köln und Rottenburg-Stuttgart.

WiedereinstiegsLOTSIN

Als Entscheidungshilfe hat Projektreferentin Heike Berger die WiedereinstiegsLotsin vorgestellt, die aus dem Projekt heraus entstanden ist. Es ist eine kleine Drehscheibe, die auf zugespitzte Weise verschiedene Varianten von Familien- und Erwerbsleben sowie mögliche Konsequenzen für den weiteren privaten wie beruflichen Lebensweg thematisiert. Dabei werden sowohl positive wie negative Auswirkungen aufgeführt. Vier Bereiche stehen im Mittelpunkt: Arbeitsorte, Be-

schäftigungsumfang, Familienzeiten und Gehaltsverhandlungen. So lassen sich zum Beispiel die Vor- und Nachteile einer Teil- oder Vollzeitbeschäftigung ablesen.

Equal Pay Day

Bevor die Projektteilnehmerinnen von KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach ihre Zertifikate erhielten, nahmen sie an einer Veranstaltung am Brandenburger Tor teil, zu dem der Deutsche Frauenrat eingeladen hatte. Bundesweit beteiligten sich Frauenbundsfrauen mit Informationsständen und Aktionen. Der Bayerische Landesverband und der Diözesanverband München-Freising waren vor dem Münchener Rathaus bei der Aktion „Der Marienplatz sieht rot“ vertreten. Auch in Eichstätt, Freiburg, Hildesheim, Rottenburg-Stuttgart und Trier engagierten sich Frauenbundsfrauen zusammen mit anderen Frauenorganisationen und -gruppen für Entgelt-gleichheit zwischen Frauen und Männern.

Gabriele Klöckner

Landfrauenvereinigung

Bundesarbeitstagung

Welternährung: Hunger und Armut

Wie kann sicher gestellt werden, dass Menschen weltweit ausreichend Nahrung haben und nicht hungern müssen? Mit dieser Frage beschäftigte sich Anfang März in Augsburg die Bundesarbeitskonferenz der Landfrauenvereinigung im Katholischen Deutschen Frauenbund (KDFB).

Über eine Milliarde Menschen hungern weltweit. 60 Prozent von ihnen sind Frauen. Dabei reicht die weltweit produzierte Menge an Nahrungsmitteln aus, um die Menschheit zu ernähren. Unter dem Thema „Welternährung: Hunger und Armut – eine globale Herausforderung“ hat sich die Landfrauenvereinigung über die Hintergründe informiert, warum das Hungerproblem immer weiter ansteigt.

Als Fachfrau hatte die Landfrauenvereinigung Marita Wiggerthale eingeladen. Sie ist Referentin bei der Hilfsorganisation Oxfam, deren Ziel die Linderung der Hungersnot ist (www.oxfam.de). Die Agrarexpertin nannte ein Bündel an Ursachen, warum das Hungerproblem weiter zunimmt: Die Entwicklungshilfe habe die kleinbäuerliche Landwirtschaft vernachlässigt und statt dessen großflächige Intensivlandwirtschaft gefördert. Hinzu kommen unfaire Agrar- und Handelspolitiken, die gewachsene Strukturen in den Entwicklungsländern zerstört haben. Vor allem Kleinbauern und Frauen haben kaum Zugang zu Land, Wasser, Kredit und Energie, um selber Nahrungsmittel produzieren zu können. „In Afrika bauen Frauen zum Beispiel 70 Prozent der Nahrungsmittel an, erhalten aber weniger als 10 Prozent der Kredite für kleinbäuerliche Betriebe und besitzen nur ein Prozent des Landes“, so Marita Wiggerthale.

Die Lösung könne nicht sein, dass in den Ländern des Nordens immer mehr Nahrungsmittel auch für die Länder des Südens angebaut werden. Große Armut führe dazu, dass sich viele Menschen diese Lebensmittel nicht leisten können. Die Nahrungsmittelkrise, die 2007 durch Missernten und Spekulanten ausgelöst worden ist und weltweit zu einer Verteuerung der Grundnahrungsmittel ge-

führt hat, sowie die Finanzkrise 2009 haben die Probleme verschärft. Ziel müsse es vielmehr sein, dafür zu sorgen, dass Menschen sich in den Entwicklungsländern durch eigene Arbeit ernähren können und somit unabhängiger werden vom Weltmarkt. Dazu müssten weltweit faire Handelsregeln geschaffen und angemessene Preise für Nahrungsmittel gezahlt werden. Wichtig sei es auch, die landwirtschaftlichen Flächen umweltgerecht zu bewirtschaften und zum Klimaschutz beizutragen, betont Maja May, Bundesvorsitzende der Landfrauenvereinigung. „In den nächsten Jahren wird entscheidend sein, wie wir unsere natürlichen Ressourcen bewirtschaften, damit die Erde in der Lage ist, genügend Nahrungsmittel hervorzubringen, um alle Menschen zu ernähren.“

Frauen nehmen für die Ernährung ihrer Familien eine besonders wichtige Rolle ein und müssen daher stärker unterstützt und beteiligt werden. „Wenn Frauen bei politischen Entscheidungen und in Hilfsprojekten stärker berücksichtigt werden, lassen sich Unterernährung und Ungerechtigkeit leichter überwinden“, bekräftigt Ingrid Fischbach, Präsidentin des KDFB in einer gemeinsamen Pressemitteilung von KDFB und Oxfam zum Internationalen Frauentag. Deshalb sei es unerlässlich, an eine nachhaltig gestaltete Zukunft zu denken und kraftvoll eine weltweite Gleichberechtigung der Frauen zu fordern. „Wir müssen solidarisch sein und uns dafür einsetzen, dass der Welternährung eine ebenso große Bedeutung zukommt, wie sie auch für den Klimaschutz gefordert wird“, so Fischbach.

Gabriele Klöckner

Namen

Regina Ammicht Quinn ist neue Staatsrätin für interkulturellen und interreligiösen Dialog sowie gesellschaftliche Werteentwicklung in der Landesregierung von Baden-Württemberg. Damit ist die parteilose Wissenschaftlerin und Katholikin stimmberechtigtes Mitglied im Kabinett vom neuen Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU). „Wir schätzen Sie als hervorragende Theologin und ausgewiesene Ethik-Expertin“, gratulierte KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach. „Als langjähriges Mitglied unserer Theologischen Kommission haben Sie den Frauenbund gerade auch zu jenen Themen, die nun in Ihr Aufgabengebiet fallen, engagiert und fundiert beraten.“ Die Ethikprofessorin lehrt derzeit am Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) in Tübingen, einem interdisziplinären Forschungszentrum der dortigen Universität. Mehrfach wurde ihr bei Berufungsverfahren für einen theologischen Lehrstuhl die notwendige kirchliche Lehrerlaubnis von den zuständigen Bischöfen verweigert. (gk)

Ingeborg Haag, ehemalige Vizepräsidentin des KDFB und langjährige Diözesanvorsitzende des KDFB Freiburg, ist im Alter von 83 Jahren verstorben. „Sie vertrat die Ideen des Frauenbundes, die Rechte der Frauen in Gesellschaft, Politik und Kirche zu stärken, mit Leidenschaft“, so Diözesanvorsitzende Regina Schwalb in einem Nachruf. „Sie sah den KDFB als Nahtstelle zwischen Kirche und Gesellschaft. So arbeitete sie auch als Vertreterin unseres Verbandes viele Jahre im Diözesanrat des Erzbistums Freiburg mit.“ Von 1972 bis 2001 leitete sie den Diözesanverband Freiburg. 1983 bis 1995 war sie acht Jahre lang als Vizepräsidentin und vier Jahre als Schriftführerin im Bundesvorstand aktiv. Für ihr Engagement erhielt Ingeborg Haag viele Ehrungen: die Lapislazuli-Nadel des KDFB, den Päpstlichen Orden „Pro Ecclesia et Pontifice“, die Konradsplakette des Erzbistums Freiburg, das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse sowie die Ehrenmedaille des Landes Baden-Württemberg. (gk)

Ruth Hieronymi, KDFB-Mitglied im Diözesanverband Köln, ist zur Vorsitzenden des WDR-Rundfunkrates gewählt worden. „Ich bekenne mich ausdrücklich zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Garant der Rundfunkfreiheit und wichtigem Faktor der demokratischen Meinungsbildung“, so die CDU-Politikerin, die dem Rundfunkrat bereits seit 1991 angehört. Von 1999 bis 2009 war sie Abgeordnete im Europäischen Parlament. Ihr Arbeitsschwerpunkt war die Kulturpolitik, speziell die Medienpolitik. (gk)

Dr. Brigitta Florian, ehemalige KDFB-Vorsitzende der Diözese Rottenburg-Stuttgart, ist mit dem Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet worden. Bei einer Feierstunde im Ludwigsburger Schloss, bei der 22 weitere verdiente Persönlichkeiten des Landes geehrt wurden, würdigte Ministerpräsident Stefan Mappus das große soziale Engagement der langjährigen Geschäftsführerin des Stuttgarter Caritasverbandes. Brigitta Florian habe maßgeblich dazu beigetragen, die Arbeit des Wohlfahrtsverbandes in der Region auszubauen und zu festigen. Auch nach ihrer beruflichen Tätigkeit hatte die gebürtige Stuttgarterin „mit einer überzeugenden Kirchlichkeit“ ihre Mitmenschen weiter im Blick: Als Diözesanvorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB), als Mitglied der Frauenkommission der Diözese Rottenburg-Stuttgart bis 2007 und als Diözesanvorsitzende von IN VIA, dem Katholischen Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit. Dr. Brigitta Florian ist auch Vorstandsmitglied des Stuttgarter Stadt seniorenrates und war bis 2007 Delegierte im Landesfrauenrat. (kalef)

KDFB-Frau **Ute Granold**, Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Menschenrechtsausschuss, ist Sprecherin des „Stephanuskreises“ der Unionsfraktion. Dieser neu gegründete Arbeitskreis, dem bislang rund 20 Abgeordnete angehören, will das Thema Religionsfreiheit stärker in den Blick nehmen. Die katholische CDU-Abgeordnete aus Mainz hatte auch die Initiative zur Gründung angestoßen. Der Name des Kreises soll bewusst an den ersten christlichen Märtyrer Stephanus erinnern. Das Gremium will nach Angaben Granolds besonders die Lage der verfolgten Christen in den Blick nehmen. Sie verwies auf die im schwarz-gelben Koalitionsvertrag formulierte Verpflichtung, weltweit für Religionsfreiheit einzutreten und ein besonderes Augenmerk auf die Lage christlicher Minderheiten zu legen. Bis zur Sommerpause wollten sich die Abgeordneten vor allem mit der Situation der religiösen Minderheiten in Indien und der Türkei befassen. (KNA/gk)

Barbara Janz-Spaeth, Pastoralreferentin und Geistliche Beirätin des KDFB-Diözesanverbandes Rottenburg-Stuttgart ist als kooptiertes Mitglied in den Vorstand des Netzwerk Diakonats der Frau berufen worden. Der Verein ist unter anderem auf Initiative des KDFB 1997 in Stuttgart gegründet worden. Er ist ein Zusammenschluss von Interessen- und Arbeitsgruppen zur Förderung des Diakonats der Frau und hat in zwei Diakonatskreisen Frauen für Leitungsdienste in einer diakonischen Kirche ausgebildet. Weitere Informationen im Internet unter www.diakonats.de (gk)

Maria Westerhorstmann (CDU), Mitglied des KDFB-Zweigvereins Delbrück, ist am 9. Mai erneut in den Landtag in Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Sie erhielt in ihrem Wahlkreis Paderborn 57,4 Prozent der Stimmen. Die CDU-Politikerin ist Mitunternehmerin in einem landwirtschaftlichen Betrieb, 57 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Sie ist seit Mai 2005 Mitglied des Landtags NRW und war in der letzten Legislaturperiode Sprecherin des Ausschusses für Frauenpolitik, Mitglied im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration sowie der Enquetekommission „Chancen für Kinder“, Sprecherin für Frauenpolitik der CDU-Landtagsfraktion, Mitglied im CDU-Agrarausschuss, seit 2006 Vorsitzende der CDU im Kreis

Paderborn. Seit 2003 ist sie Mitglied des Landesvorstands der CDU-Frauenunion, seit 2009 Mitglied im WDR-Rundfunkrat. Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit sind Frauenpolitik, Generationen und Familie sowie Landwirtschaft. (gk)

Petra Zellhuber-Vogel wurde am 20. Januar in Potsdam zur Vorsitzenden des ARD-Programmbeirates gewählt. Die Diplompädagogin ist seit 15 Jahren ehrenamtliche Medienbeauftragte und Vorstandsmitglied des KDFB-Diözesanverbands Rottenburg-Stuttgart und seit 2008 Vorsitzende der Bundesmedienkommission. Der ARD-Programmbeirat ist das Beratungsgremium für die Ständige Fernsehprogrammkonferenz, die das Programm des Ersten Deutschen Fernsehens zusammenstellt. Die Vorsitzende des Programmbeirats nimmt an den Hauptversammlungen der ARD teil und berichtet dort über die Arbeit des Gremiums. „Wir freuen uns, in Ihnen eine engagierte und versierte Medienkennerin als Vorsitzende unserer Bundesmedienkommission zu haben“, gratulierte KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach. „Bitte bringen Sie auch weiterhin frauenspezifische Themen und Sichtweisen in das Beratungsgremium und in die Fernsehprogrammkonferenz ein. Als großer und profilierter Frauenverband wollen wir Sie gerne dabei unterstützen.“ (gk)

Zeitschrift: Themenvorschau

Heft 06/10

- Feste feiern trotz Hindernissen (Karin Schott)
- Prophetinnen (Gabriele Riffert)
- Jobs im Alter (Eva Gras)

Haben Sie Anregungen zu den einzelnen Themen (fachkompetente Interviewpartnerinnen; Projekte im Frauenbund, Buchhinweise ...)? Dann melden Sie sich bitte bei der Redaktion:

Heft 07/10

- Angst vor dem Islam (Maria Sileny)
- Partnersuche ab 50 (Gabriele Klöckner)
- Bibelgärten (Anne Granda)
-

Redaktionsbüro Köln/Geldern:
Tel. 02831/ 9 44 72, Fax: 02831/ 22 84,
Email: gabriele.kloeckner@t-online.de

Heft 08-09/10

- Pubertät (Karin Schott)
- Keltisches Christentum erfahren (Anne Granda)
- Kurzgeschichte (Eva Gras)

Redaktionsbüro München:
Tel. 089/28 62 37 30, Fax: 089/28 62 37 33, Email: engagiert@t-online.de